

10.12.87

U - In - Wi

Antrag

des Freistaates Bayern

Entschießung des Bundesrates zur kurzfristigen Stabilisie-
rung und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei
Getränkeverpackungen

DER BAYERISCHE MINISTERPRÄSIDENT
- B III 1-2162-187 -

München, den 8. Dezember 1987

An den
Präsidenten des Bundesrates

Gemäß Beschluß der Bayerischen Staatsregierung übermittle ich beiliegenden Antrag des Freistaats Bayern für eine Bundesratsentschließung zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen.

Ich bitte den Antrag gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrats den Ausschüssen zuzuweisen.



Anlage

Entschießung des Bundesrats zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen

Der Bundesrat möge folgende Entschießung fassen:

Der Bundesrat stellt fest, daß die Abfallproblematik ein zentrales Problem der Industriegesellschaft darstellt.

In den letzten 25 Jahren hat sich das Müllaufkommen vervierfacht. Besonders gravierend ist dabei der Anstieg des Verpackungsmülls, der heute 50 % des Hausmüllvolumens ausmacht.

Die Verwendung von Einwegpackungen für die Getränke trägt wesentlich zur Vermehrung dieses Verpackungsmülls bei.

Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, umgehend wirksame Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen zu treffen und gleichzeitig ein System der Erfolgskontrolle einzuführen.

Im Vollzug des § 14 Abs. 2 Abfallgesetz sind deshalb unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Hierfür sind auf der Grundlage einer umfassenden Konzeption

- ° Ziele für den Mehrweganteil festzulegen,
- ° Vereinbarungen zur Realisierung dieser Ziele mit den Marktbeteiligten abzuschließen,
- ° soweit erforderlich das Erreichen dieser Ziele durch Rechtsverordnung sicherzustellen,
- ° zur Kontrolle des Zielerreichungsgrades statistische Erhebungen auf gesetzlicher Grundlage vorzusehen, soweit die erforderlichen Angaben nicht freiwillig bereitgestellt werden.

05.02.88

Beschluß

des Bundesrates

zur

Entschließung des Bundesrates zur kurzfristigen Stabilisierung
und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei Getränke-
verpackungen

Der Bundesrat hat in seiner 585. Sitzung am 5. Februar 1988
/ beschlossen, die als Anlage beigefügte Entschließung zu fassen.

Anlage

E n t s c h l i e ß u n g

des Bundesrates

zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen
Steigerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen

Der Bundesrat stellt fest, daß das ständig steigende Abfallaufkommen ein zentrales Problem der Industriegesellschaft darstellt.

In den letzten 25 Jahren hat sich das Müllaufkommen vervierfacht. Besonders gravierend ist dabei der Anstieg des Verpackungsmülls, der heute 50 % des Hausmüllvolumens ausmacht.

Die Verwendung von Einwegpackungen für Getränke trägt wesentlich zur Vermehrung dieses Verpackungsmülls bei.

Der Bundesrat fordert deshalb die Bundesregierung auf, umgehend wirksame Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung und mittelfristigen Steigerung des Mehrweganteils bei Getränkeverpackungen zu treffen und gleichzeitig ein System der Erfolgskontrolle einzuführen.

Im Vollzug des § 14 Abs. 2 Abfallgesetz sind deshalb unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Hierfür sind auf der Grundlage einer umfassenden Konzeption

- Ziele festzulegen, die möglichst hohe Mehrweganteile vorsehen und sich an den Rücklaufquoten funktionierender Pfandsysteme orientieren,
- Vereinbarungen zur Realisierung dieser Ziele mit den Marktbeteiligten abzuschließen,
- das Erreichen dieser Ziele durch Rechtsverordnung sicherzustellen,
- zur Kontrolle des Zielerreichungsgrades statistische Erhebungen auf gesetzlicher Grundlage vorzusehen, soweit die erforderlichen Angaben nicht freiwillig bereitgestellt werden.